



Dialogforum der Kommunen am 07./08. November 2023

07. November 2023 via Zoom:

<https://us06web.zoom.us/j/84196597434?pwd=BEznolpUxnPd1RI3ZGAV6s7Bj4OkTa.1>

Meeting-ID: 841 9659 7434

Kenncode: 394767

12:55 Uhr	Einwählen in Zoom und Technik-Check
13:00 Uhr	Begrüßung durch <i>Anne Lütkes, Vorstandsvorsitzende Kinderfreundliche Kommunen e.V.</i> und Programmablauf
13:10 Uhr	Vorstellungsrunde im Speed-Networking-Format
	Neuigkeiten aus dem KfK e.V.:
13:40 Uhr	<ul style="list-style-type: none">• Neue Kommunen im Programm• Neue Mitarbeitende im Team von KfK• Digitalisierung• Beteiligung inklusiv und divers• Infoportal Kinderrechte in der Verwaltung
13:50 Uhr	Einführungsvortrag: „Mobilitätsmanagement für Schulen und Kitas“ <i>Katalin Saary, Planungsbüro Mobilitätslösung</i>
14:50 Uhr	Pause und Austausch
15:15 Uhr	Vortrag „Nürnberger Leitlinien für inklusive Spielplätze“ mit anschließender Diskussion <i>Michaela Hillebrand, Amt für Kinder, Jugendliche und Familie, Projektkoordination Spielen in der Stadt</i> <i>Sebastian Ertel, Landschaftsarchitekt, Servicebetrieb öffentlicher Raum Nürnberg, Planung und Bau Grün, Stadt Nürnberg</i>
16:15 Uhr	Interkommunaler Austausch und Beratung
16:55 Uhr	Gemeinsamer Abschluss
17:00 Uhr	Ausklang und Austausch



KINDERFREUNDLICHE KOMMUNEN

Eine Initiative von

unicef
für jedes Kind



08. November 2023 via Zoom:

<https://us06web.zoom.us/j/82067727848?pwd=yQBPAUhfi2ITiALpynhEQCRPYTpwuR.1>

Meeting-ID: 820 6772 7848

Kenncode: 956884

9:00 Uhr	Einwählen in Zoom und Technik-Check
9:05 Uhr	Vortrag: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Erstellung eines Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes aus der Kinderfreundlichen Kommune Flensburg <i>Thomas Dau-Eckart und Kai Steffen, Stadt Flensburg</i>
10:00 Uhr	Interkommunaler Austausch und Beratung
10:45 bis 11:15 Uhr	PAUSE mit Austausch:
11:15 Uhr	Interkommunaler Austausch und Beratung
12:00 Uhr	Ergebnissicherung: Kurzberichte aus den Austauschgruppen
12:30 Uhr	Ausblick und Verabschiedung
12:45 bis 13:30 Uhr	Ausklang und Austausch



Ergebnisse: Austausch und Beratung

Austauschrunde I: Mobilitätsmanagement für Schulen und Kitas sowie Inklusive Spielplätze

1. Gibt es bei Ihnen in der Kommune inklusive Spielplätze?
2. Wenn ja, wie sind die Erfahrungen damit?
3. Gibt es in Ihrer Kommune Schulwegepläne oder ein Mobilitätsmanagement für Schulen und Kitas?
4. Wer erarbeitet diese?
5. Werden an der Erstellung Kinder und Jugendliche beteiligt?
6. Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen den Akteur_innen dazu?
7. Wie ist diese organisiert, gibt es dafür verbindliche Formate?
8. Gibt es ressortübergreifend zusammengesetzte Gremien, die diese Thematik bearbeiten?
9. Wer arbeitet darin mit? Sind dort die Anliegen von Kindern und Jugendlichen vertreten?

AG 1

Teilnehmende Kommunen: Bad Pyrmont, Hohenhameln, Mannheim, Senftenberg, Weilerswist, Witzhausen, Wolfsburg

In Mannheim hat die Integrationsbeauftragte das Thema Inklusion bei Spielplätzen gesetzt. Es wird auch bei Schulhofplanungen beachtet und soll auf den gesamten öffentlichen Raum angewendet werden. Damit ist Inklusion, wie auch die Kinderrechte, eine Querschnittsaufgabe. Allerdings wirkt sich die notwendige Haushaltskonsolidierung einschränkend aus.

In einer anderen Kommune spielt das Thema noch keine Rolle, alle Spielplätze werden gleich ausgestattet, so dass es keinerlei Abwechslung gibt.

Eine Möglichkeit, das Thema Inklusion anzugehen, ist eine Spielfeldkonzeption, die den Bestand betrachtet und von dort aus Entwicklungsnotwendigkeiten aufzeigt.

Ein großes Hindernis für gute Spielmöglichkeiten ist das fehlende ressortübergreifende Arbeiten. Neue Aufgaben werden leider immer wieder zurückgewiesen. Hier braucht es einen neuen Geist in der Verwaltung.

Ein Tipp zum Abschluss: Trauen Sie nicht der Fachlichkeit von Planungsbüros, sondern checken Sie die Planungen immer mit Kindern gegen. Beteiligung muss als Pflichtleistungsbestandteil festgehalten werden.

AG 2

Teilnehmende Kommunen: Berlin-Pankow, Burgdorf, Euskirchen, Flensburg, Harsum, Krefeld, Stuttgart



Bisher gibt es in keiner Kommune ein schulisches Mobilitätsmanagement. Allerdings soll in Burgdorf im Rahmen einer neu geplanten IGS die Schulwegeplanung neu angegangen werden.

Anschließend tauschte sich die Gruppe zu ihren Erfahrungen bezüglich der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei Spielplatzplanungen aus. In Flensburg ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Gestaltung von Spielplätzen als Standard etabliert. Die Länge der Beteiligung beträgt rund 3 bis 3,5 Stunden und findet mit den Kindern auf der Planungsfläche vor Ort statt. Dort können die Teilnehmenden ihre Ideen einbringen und Kritik äußern. Anschließend werden durch die Teilnehmenden Modelle von den Wünschen gebaut oder Zeichnungen angefertigt, über die die Gruppe abstimmt. Im Anschluss an die Beteiligung wird ein Planungszirkel gegründet, der Kinder und Eltern bis zur Einweihung der Spielfläche auf dem Laufenden hält.

In Burgdorf findet alle zwei Jahre eine [Kinderrechteausstellung](#) statt, bei der verschiedene Mitmachaktionen für Kinder und Jugendliche angeboten werden. An einem dieser Stände können die Teilnehmenden modellhaft Spielorte und Spielgeräte entwerfen und bauen. Die Ideen werden anschließend dokumentiert und an das entsprechende Amt weitergegeben.

AG 3

Teilnehmende Kommunen: Dormagen, Neuwied, Nordhausen, Oestrich-Winkel

Im Rahmen der Spielplatzplanungen wird das Thema Inklusion bisher oft nicht gut umgesetzt, die Anforderungen steigen und der Vortrag sowie das Material waren daher sehr interessant und hilfreich. Neben der Frage, wie Inklusion bei der Planung mit Kindern berücksichtigt wird, erörtert die AG, wie Kinder bei Spielplatzplanungen beteiligt werden können.

Als Beispiel erläutert Neuwied ein Beteiligungsvorhaben. Kinder werden hier über Schulen, Kitas, Hauswurf-Briefe in der Umgebung der Spielfläche eingeladen. Kinder äußern Ideen, Erfahrungen und Wünsche zu der jeweiligen Spielfläche. Beauftragte Landschaftsplaner_innen müssen bei diesen Planungswerkstätten dabei sein. Im weiteren Prozess findet eine „Rückkoppelung“ der Planung mit den Kindern statt, bevor die Umsetzung und ein Einweihungsfest erfolgen. In Neuwied wurde vor einigen Jahren eine Spielraumplanung mit einer Bedarfsanalyse für Spielflächen durchgeführt, Spielplätze verschiedenen Kategorien A, B C zugeordnet und daraufhin einige Kleinstspielplätze zurückgebaut. Eine gute Versorgung an erreichbaren und attraktiven Spielplätzen wird über die Spielraumplanung abgesichert. Bei neu entstehender Wohnbebauung durch Investoren sichert ein städtebaulicher Vertrag zukünftig die Spielflächen in Quantität und Qualität in Neuwied ab.

In den Bundesländern sind die Verantwortlichkeiten für ein Mobilitätsmanagement für Schulen und Kitas bzw. Schulwegepläne sehr unterschiedlich geregelt, die Interessenlagen bei der Umsetzung oder Kooperation variieren deutlich. Eine Kommune äußert, dass es in ihrem Bundesland keine Schulwegepläne gibt. Dormagen (NRW) verfügt über Schulwegepläne, hier arbeiten die Kommune und die Schulen gut zusammen. Als Ideen für eine gute Qualität der Beteiligung im Rahmen der Erstellung von Schulwegeplanungen werden Inhouse-Schulungen für ggf. zuständige Ordnungsämter und Verkehrsämter sowie die Kooperation mit der Schulsozialarbeit genannt. Informationen und Material zu Schulwegeplänen bzw. einem Mobilitätsmanagement für Schule



und Kita wird hier angeboten: <https://www.schulwegplaene.de/erstellung-eines-schulwege-plans.html>.

AG 4

Teilnehmende Kommunen: Köln, Bonn, Papenburg, Maintal

Größere Kommunen verfügen über ein eigenes Dezernat bzw. eine eigene Abteilung für Mobilitätsplanungen. Bislang fand mit diesen noch kein Austausch bzw. keine Kooperation statt. Die größte Herausforderung als KfK-Koordination ist es, über bereits bestehende Angebote Kenntnis zu erlangen und Informationen über stattfindende Planungen zu erhalten. In Köln ist das Thema Mobilität Teil der Stadtstrategie Kölner Perspektiven 2030+. Seit Anfang 2023 läuft z.B. das Pilotprojekt: „Schulstraßen - Ohne Elterntaxi sicher zum Unterricht“. Bei diesem werden Straßen vor vier Schulen vor Schulbeginn und je nach Standort nach Schulende für einen kurzen Zeitraum für Autos gesperrt. Auch in Bonn findet ein Pilotprojekt zu temporären Schulstraßen statt. Des Weiteren wurde über Schulwegepläne für jeden Stadtteil berichtet, die auf der Homepage der Schulen bereitgestellt werden. Inwieweit diese auch kurzfristige Änderungen, z.B. durch Baustellen, anzeigen, ist nicht bekannt.

AG 5

Teilnehmende Kommunen: Weil am Rhein, Bernau

Die DIN Norm 18034 verpflichtet zur Umsetzung von Inklusion, insbesondere bei Spielplätzen. In Bernau werden standardmäßig Kinder durch Abstimmungen in die Entscheidungsprozesse einbezogen.

Gemäß der Gemeindeordnung in Baden-Württemberg ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bei der Gestaltung von Spielplätzen obligatorisch. In Weil am Rhein gibt es einen Leitfaden zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, der in verschiedenen Fachbereichen verwendet wird. Die hohe Fluktuation bei Planern erfordert regelmäßige Bekanntmachung des Leitfadens. In einem Neubaugebiet wurde eine Beteiligungssitzung durchgeführt, bei der Bewohner, Kinder und Erwachsene Ideen für das Außengelände einbrachten. Die Herausforderung besteht darin, alle Generationen in einer Veranstaltung zu integrieren. Die Stadtjugendpflege und ein externes Planungsbüro spielen dabei eine unterstützende Rolle.

Ressourcenmangel für Beteiligungsprojekte ist ein Problem. Es gab drei Termine für die Beteiligung, darunter das Festlegen des Rahmens, das Betrachten der Fläche und die Präsentation der Ergebnisse durch Planer. Kinder werden bei diesen Treffen betreut und sie skizzieren ihre Ideen und setzen Prioritäten. Eine Familie mit einem Kind im Rollstuhl brachte spezifische Bedürfnisse ein, insbesondere den Zugang zu Spielgeräten. Die Einbeziehung von Kindern durch Impulse zu Kinderrechten führte zu Verbesserungen auf einem Spielplatz. Die Planung wurde durch Corona erschwert, aber ein Arbeitsblatt half, die Ideen der Kinder in die Umsetzung zu bringen, wie zum Beispiel ein Piratenschiff auf dem Spielplatz. Es zeigt sich, dass die Wertschätzung der Kinder hoch ist, wenn sie in den Planungsprozess einbezogen werden.



AG 6

Teilnehmende Kommunen: Garmisch-Partenkirchen, Lampertheim, Puchheim, Wittingen

Inklusive Spielplätze gibt es in den an der Gruppe beteiligten Kommunen nicht. Zwei Kommunen haben einzelne Spiel- oder Fitnessgeräte für Menschen mit Rollstuhl oder Rollator im öffentlichen Raum. Hier müsste jedoch an der Absicherung der barrierefreien Zugänglichkeit gearbeitet werden.

Eine Mehrheit der anwesenden Kommunen sehen die Schulwegeplanung als Teil der Rad- und Fußwegeplanung durch die Prioritätensetzung der Kommunalpolitik erschwert, da es unpopulär sei, Autos Platz wegzunehmen. Notwendige Grundlage wäre hier der politische Wille und damit einhergehende finanzielle Unterstützung.

Positives Beispiel sind die Schulwegepläne in Lampertheim, die vom Ordnungsamt erstellt werden. Der politische Wille hierzu wurde im Aktionsplan festgehalten und die zuständige Stelle durch das [hessische Landesprojekt KOMPASS](#) finanziert. Darüber gibt es auch Jedes Jahr Trainings zur Schulwegesicherheit mit neuen Schüler_innen.

Schultaxihaltestellen bewähren sich in einer Kommune, wo sie eingerichtet wurden, leider bisher nicht. Sie werden schlecht genutzt und erfordern hohen Aufwand des Ordnungsamts.

AG 7

Teilnehmende Kommunen: Nauen, Lehre, Germering, Zeven, Eltville, Hemmoor, Algermissen, Schwelm

Ein großes Interesse der Teilnehmenden bestand in der Auseinandersetzung mit den Fragen, wie sich viele Kinder und Jugendliche mit welchen Formaten für eine Beteiligung erreichen lassen und wie eine längerfristige Beteiligung erzielt werden kann. Außerdem stand die Frage im Raum, wie sich bei der Planung eine Gestaltung erreichen lässt, die allen gerecht wird. Hemmoor berichtete, dass Kinder und Jugendliche über unterschiedliche Wege zu Ideenwerkstätten eingeladen werden, die Resonanz aber schwer planbar ist. Eltville stellte das Projekt zur Umgestaltung des Stadtparks vor. Zur Lösung von Interessenskonflikten unterschiedlicher Nutzer_innengruppen wurden alle Altersgruppen einbezogen und durch unterschiedliche Formate beteiligt. Es wurde u.a. mit Identifikationskarten gearbeitet, um unterschiedliche Perspektiven auf den Stadtpark einnehmen und nachvollziehen zu können. Nach der Ideenfindung und der darauf basierenden Planumsetzung gab es eine öffentliche Planvorstellung. Hierbei wurde an Thementischen gemeinsam von Erwachsenen, Kindern, Jugendlichen und Senioren diskutiert. Eine finanzielle Förderung des Projektes gab es durch das hessischen Landesprogramm „Zukunft Innenstadt“, das Kommunen unterstützt, zusammen mit Akteur_innen vor Ort kreative und nachhaltige Lösungsansätze zur Neugestaltung von Innenstädten zu entwickeln. ([Das Förderprogramm / Nachhaltige Stadtentwicklung Hessen \(nachhaltige-stadtentwicklung-hessen.de\)](#)).

Zum Abschluss wurde in der AG festgehalten, dass Präsenzveranstaltungen für Austausch und Kommunikation aller Beteiligten wichtig sind, ebenso wie eine klare Kommunikation des Beteiligungsrahmens (welche räumlichen, finanziellen und anderen Vorgaben gibt es, für wen wird geplant?). Deutlich wurde aber auch, dass es keine allgemeinen Lösungsansätze gibt.



Austauschrunde II: Stadtentwicklungsprozesse mit Kindern und Jugendlichen

1. Hat Ihre Kommune ein ISEK/IGEK oder erarbeitet gerade eins?
2. Wir wurden/werden bei der Erarbeitung Kinder und Jugendliche beteiligt?
3. Welche für Kinder und Jugendliche relevanten Themen/Orte berührt das ISEK/IGEK?
4. Gibt es zu diesen und ähnlichen Themen eine ressortübergreifende Zusammenarbeit? Funktioniert diese Zusammenarbeit oder wo hakt es?

AG 1

Teilnehmende Kommunen: Bernau, Euskirchen, Haren, Hemmoor, Lamspringe, Landshut, Weilerswist

Integrierte Stadtentwicklungskonzepte gibt es nur in einzelnen Städten, teilweise sind sie in Entwicklung. Auch wenn sie vorhanden sind, sind sie nicht präsent. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ist eher schleppend gelaufen.

Ein sehr gelungenes Beispiel für eine Jugendbeteiligung an der Entwicklung eines ISEKs ist der Pop-up-Store in einem Einkaufszentrum in Landshut. Dort wurde ein leerstehendes Geschäft einen Monat von der Jugendförderung als Anlaufstelle genutzt und unter anderem über den ISEK-Prozess informiert. Zusätzlich wurde ein Sonderfonds für Jugendprojekte aufgelegt, um einfache Projekte schnell umsetzen zu können.

Eine für die Beteiligung notwendige ressortübergreifende Zusammenarbeit in der Erarbeitung eines ISEKs lässt sich über Leitlinien, die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen festschreiben, erreichen. Außerdem sind Anerkennung der verschiedenen Fachpraktiken, Fachlichkeit und aktives Zugehen auf andere Fachbereiche notwendig.

AG 2

Teilnehmende Kommunen: Burgdorf, Berlin-Pankow, Flensburg, Senftenberg

Die Mehrheit der anwesenden Kommunen hat Erfahrungen mit INSEK; Kinder- und Jugendliche wurden dabei nur punktuell beteiligt. Nordhausen konnte durch die Beteiligung seines örtlichen Kinder- und Jugendgremiums, dem Kinder- und Jugendstadtrat, gute Erfahrungen sammeln.

In Senftenberg werden die Kinder bei der städtischen Spielplatzkonzeption beteiligt.

In Berlin-Pankow gibt es einen jährlichen Austauschtermin zwischen Jugendamt und Stadtplanung, um mögliche Beteiligungen zu vereinbaren; hierbei werden meistens Spielplätze und Schulhöfe ausgewählt.

Übergreifend wird diskutiert, wie Jugendliche an abstrakten Planungsprozessen beteiligt werden können, anstatt die Kinder- und Jugendbeteiligung in der Stadtplanung nur auf konkrete Projekte zu fokussieren. Hierbei wird die Idee artikuliert, derartige Beteiligungen an den Geographieunterricht anzuknüpfen. Außerdem wird sich von Seiten der Verwaltung noch mehr professionelle Unterstützung im Bereich der Beteiligung von außen gewünscht; ähnlich wie es für das Thema Schulhofbegrünung [„Grün macht Schule“](#) als feste, kompetente Ansprechstelle gäbe.



Flensburg hat gute Erfahrungen damit gemacht die Kinder- und Jugendbeteiligung an das städtische Bürgerbeteiligungsbüro anzuknüpfen. Außerdem war es sehr hilfreich, Peter Apel vom [Planungsbüro STADTKINDER](#) für eine Fortbildung für die Stadtplanung einzuladen. Nun soll es jährliche Fortbildungen dieser Art innerhalb der Verwaltung geben.

Eine konkrete, beispielhafte Anregung von Peter Apel sind Weißflächen in der Quartiersplanung, die erst fertig geplant werden, wenn Bewohner_innen und damit auch Kinder neuer Wohnquartiere bereits eingezogen sind und an der Gestaltung ihres direkten Wohnumfelds beteiligt werden können.

Für die Zukunft setzen die Kommunen Hoffnung in Aktionsplanmaßnahmen der Kinderfreundlichen Kommunen, wie dem Beteiligungskonzept als feste Struktur und Verpflichtung für alle Ressorts sowie die Berührung der Kinderrechte als fester Bestandteil von Prüfverfahren.

AG 3

Teilnehmende Kommunen: Algermissen, Bad Pyrmont, Brühl, Dormagen, Harsum, Hohenhameln, Puchheim

Innerhalb der Arbeitsgruppe ist Dormagen bisher die einzige Kommune, die ein ISEK beschlossen hat. Die Kommune arbeitet hier ressortübergreifend miteinander; so treffen sich zum Beispiel regelmäßig die Fachämter zu einem Jour Fixe und tauschen sich zum aktuellen Stand aus.

Auch Kinder und Jugendliche werden im Rahmen des ISEKs eingebunden, u.a. fand eine Kinderbeteiligung während eines Kinderfests statt; Jugendliche wurden über die Jugendeinrichtungen erreicht und gebeten bei einer Instagram-Umfrage mitzumachen. Anschließend fand ein Stadtspaziergang mit den Jugendlichen statt. Auch das Kinderparlament wurde eingebunden.

Ein Problem, mit dem sich Kommunen bei Kinder- und Jugendbeteiligungen im Rahmen von Planungsvorhaben regelmäßig auseinandersetzen müssen, sind die langen Zeiträume, die zwischen Planung und Realisierung vergehen. Dies liegt nicht nur an den Planungsprozessen selbst, sondern auch – so weit für eine Planung Fördermittel vorgesehen sind – an Förderprozessen, die häufig sehr langwierig sind. Besonders wichtig ist es daher, Kinder und Jugendliche über den Stand auf dem Laufenden zu halten. In Dormagen geschieht dies im Rahmen des ISEKs persönlich und bedarfsorientiert. Außerdem wurden die Ergebnisse der Beteiligungen und der Masterplan auf die Webseite der Stadt eingestellt. Hier finden sich auch Pressemitteilungen zum Umsetzungsstand, die sich jedoch nicht speziell an die Zielgruppe Kinder und Jugendliche richten.

Anschließend berichteten die Kommunen über weitere Erfahrungen bezüglich der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen.

In Brühl gibt es einen Grundsatzbeschluss, dass Kinder und Jugendliche bei der Planung von Spielplätzen einzubinden sind. Außerdem muss Inklusion bei der Neugestaltung von Spielflächen berücksichtigt werden.



Puchheim finalisiert aktuell Leitlinien zur Kinder- und Jugendbeteiligung; in Algermissen gibt es eine [Handreichung für die Verwaltung zur Prüfung von Kinderinteressen](#) nach Artikel 3 der UN-Kinderrechtskonvention, die einen Workflow und eine Checkliste beinhaltet.

AG 4

Teilnehmende Kommunen: Bonn, Köln, Krefeld, Mannheim, Stuttgart, Weil am Rhein, Wolfsburg

Die Kommunen schildern unterschiedliche Erfahrungen mit ISEK. Die meisten nutzen es als konzeptionelle Rahmung zur Stadtentwicklung, andere gar nicht und bedienen sich anderer Mittel, um Entwicklungskonzepte zu erarbeiten. In den meisten Kommunen wird eine Kinder- und Jugendbeteiligung in ISEK-Prozesse eingebunden. Dies geschieht bei einigen Kommunen erst seit kurzem. Entsprechend der Größe der Städte wird das ISEK nicht als gesamtstädtisches Konzept, sondern auf Stadtteile bezogen. Köln nennt als Beispiel für Prozesse, an denen Kinder- und Jugendliche beteiligt sind, den Veedels-Check. Dieser setzt als Beteiligungsprozess im Sozialraum an, baut auf einer ämterübergreifenden Umsetzung auf und mündet in einem Re-Check nach 100 Tagen, <https://meinungfuer.koeln/hey-koeln> und <https://meinungfuer.koeln/mobilitaetsplan>. Ein weiteres – in Fürstenwalde verwendetes – Tool ist z.B. der „[Stadtspieler Jugend](#)“.

Als Herausforderung wird formuliert, dass die Ergebnisse aus Kinder- und Jugendbeteiligungen in Stadtentwicklungsveranstaltungen der Erwachsenen eingebracht werden müssen. Als Idee wird ein generationenübergreifendes Format genannt. Hier sollten nicht verschiedene Zielgruppen – z.B. jüngere und ältere Menschen – getrennt voneinander tätig sein und über Ergebnisse berichtet werden, sondern eine gemeinsame Diskussion der jeweiligen Themen und Positionen wäre das Ziel.

Krefeld beginnt aktuell mit einem ISEK-Prozess. Wolfsburg nutzt kein ISEK, aber übergreifende Beteiligungsverfahren z.B. bei der Innenstadtentwicklung. Bonn hat den Masterplan Bad Godesberg als ISEK entwickelt. In Weil am Rhein startete kürzlich ein ISEK-Prozess. Stuttgart setzt kein gesamtstädtisches ISEK-Konzept um, hier wird auf die die Stadtteile bezogen gearbeitet. Mannheim führt aktuell keinen ISEK-Prozess durch.

AG 5

Teilnehmende Kommunen: Papenburg, Witzenhausen, Neuwied, Maintal, Nauen, Germering, Garmisch-Partenkirchen

Die Teilnehmenden der Austauschgruppe hatten bislang kaum Berührungspunkte mit ISEK/IGEK. Themenspezifische städtische Entwicklungspläne sind einigen bekannt, bei denen aber Kinder und Jugendliche als Gruppe wenig wahrgenommen bzw. nicht beteiligt wurden.

In der Austauschrunde wurde darüber diskutiert, zu welchem Zeitpunkt Kinder und Jugendliche in Stadtentwicklungsprozessen einbezogen werden können/sollten. Dazu wurden unterschiedliche Ansätze vertreten:

- a) bei strategischen Planungen und dem dazu notwendigen baurechtlichen Fachwissen können Kinder und Jugendliche nicht einbezogen werden, sondern erst bei der konkreteren



Umsetzung. Die meist langjährigen und komplexen Verfahren bei Stadtentwicklungsprozessen erschweren die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen: „Frustrierende Beteiligung ist schlimmer als gar keine Beteiligung“.

- b) Kinder und Jugendliche können schon von Anfang an Stadtentwicklungsprozessen beteiligt werden. Hierbei sei zum einen die Auswahl eines kinder- und jugendfreundlichen Formats, zum anderen das Wissen von Stadtplaner_innen über kindgerechte Planung entscheidend.

AG 6

Teilnehmende Kommunen: Lampertheim, Haan, Zeven, Eltville, Wedemark, Oestrich-Winkel, Schwelm, Lehre, Lamspringe

Die Teilnehmenden tauschten sich zu den Gelingensbedingungen und Stolpersteinen in der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Stadtentwicklungsprozessen aus. Zusammenfassung: Kinder- und Jugendliche lassen sich bei Stadtentwicklungsprozessen gut mitnehmen, wenn sie einen Bezug zu ihrer Lebenswelt und ihren Interessen herstellen können. Zudem braucht es verbindliche Prozesse in den Kommunen zur Beteiligung, geeignete Beteiligungsformate, sowie Zeit für Beteiligungsprozesse. Bei langen Planungs- und Umsetzungsphasen ist es wichtig, die Zwischenschritte zu kommunizieren. In der Verwaltung ist ein Bewusstsein für die Berücksichtigung der Belange von Kindern und Jugendlichen notwendig sowie die Bereitschaft, Kinder und Jugendliche auch in den jeweiligen Verwaltungsbereichen zu beteiligen. Von Bedeutung ist außerdem ein verwaltungsinterner Austausch wo und wie Kinder und Jugendliche beteiligt werden. Ziel sollte eine automatisierte Zusammenarbeit sein. Um auch die Politik in den Kommunen mitzunehmen ist es erforderlich, diese bereits zu Beginn des Prozesses mit ins Boot zu holen.

Zum Weiterlesen:

- Qualitätsstandards für Beteiligung von Kinder und Jugendlichen des BMFSFJ: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/94118/c49d4097174e67464b56a5365bc8602f/kin-dergerechtes-deutschland-broschuere-qualitaetsstandards-data.pdf>
- Beispiele aus den Kinderfreundlichen Kommunen
 - Weil am Rhein: https://www.weil-am-rhein.de/site/weil-am-rhein-2020/get/documents_E2106510699/weil-am-rhein/Objekte/Projektseite%20Kinderfreundliche%20Kommune/Verwaltungsleitfaden_Kinder-und%20Jugendbeteiligung.pdf
 - Regensburg: <https://www.regensburg.de/fm/121/konzept-partizipation.pdf>



Austauschrunde III: Ihre Anliegen

1. Welche Fragen oder Anliegen haben Sie, bei denen Ihnen andere Kommunen helfen können?
2. Welche Erfolge, Erfahrungen oder Misserfolge hatten Sie, die sie gerne teilen oder aufarbeiten möchten?
3. Welche Probleme gab es?
4. Wie können Sie andere Kommunen unterstützen?

AG: Verwaltungsinterne Fortbildungen

Teilnehmende Kommunen: Bonn, Garmisch-Partenkirchen, Germering, Hohenhameln, Maintal, Mannheim, Stuttgart, Weil am Rhein, Witzenhausen

Verwaltungsinterne Fortbildungen zur UN-Kinderrechtskonvention und Kinder- und Jugendbeteiligung gab, gibt es oder befinden sich in Entwicklung in Weil am Rhein, Bonn, Mannheim, Stuttgart, Hohenhameln und Garmisch-Partenkirchen. Oft ist es schwierig, dass Mitarbeitende aus allen Ressorts teilnehmen. Hier hilft eine Verpflichtung zur Teilnahme und eine Einladung, die von ganz oben kommt.

In Bonn wurde die jährliche Führungskräftekonferenz genutzt, das Thema Kinderrechte zu setzen. Sie ist eine Veranstaltung der Oberbürgermeisterin.

In Mannheim und Stuttgart sind Fortbildungen zur Umsetzung des Kindeswohlvorrangs Teil des städtischen Fortbildungskatalogs. Sie werden aber nicht flächendeckend angenommen.

In Hohenhameln wurde der Aktionsplan auf einer Betriebsversammlung der gesamten Verwaltung vorgestellt. Dadurch wurde die Bekanntheit des Aktionsplans und auch die Verantwortungsübernahme für einzelne Maßnahmen durch verschiedene Fachbereiche gestärkt.

AG: Erfahrung zu Kinderbefragungstools

Teilnehmende Kommunen: Köln, Eltville, Weilerswist

Die Arbeitsgruppe nutzte den Austausch, um Praxiserfahrungen, Links und Tools zu teilen:

- <https://meinungfuer.koeln/schulstrassen>
- <https://meinungfuer.koeln/mischmit>
- <https://meinungfuer.koeln/hey-koeln>
- <https://meinungfuer.koeln/mobilitaetsplan>
- <https://www.stadt-koeln.de/artikel/68837/index.html>

Apps:

- Stadtsache: <https://www.stadtsache.de/>
- PLACEm: <https://www.placem.de/>

AG: Öffentliche Toiletten

Folgende Links wurden im Rahmen der Arbeitsgruppe geteilt:

- <http://www.die-nette-toilette.de/>
- <https://www.ecotoiletten.de/>



Im Plenum wurden zusätzlich folgende Links zu diesem Thema geteilt:

<https://www.weil-am-rhein.de/start/rathaus/stadtnachrichten/wc>

<https://www.verlagshaus-jaumann.de/inhalt.weil-am-rhein-selbstreinigende-toilettenanlage-geht-bald-in-betrieb.3c22b983-38e0-451a-8856-369f6267095a.html>

Maintal hat Erfahrungen hiermit: <https://www.nowato.com/>

AG: Ämterübergreifende Strategien

Teilnehmende Kommunen: Neuwied, Stuttgart, Köln, Berlin Marzahn-Hellersdorf

Aus Neuwied wurde berichtet, dass mit der Umsetzung des Aktionsplanes dort eine ämterübergreifende Taskforce eingerichtet wird, eine Arbeitsgruppe aus Vertreter_innen der verschiedenen Ämter, die gemeinsam die Beachtung der Kinderrechte im Blick haben. Diese Gruppe trifft sich dreimal jährlich und zusätzlich in themengebundenen Arbeitsgruppen. Kinder und Jugendliche, der Stadtrat sowie relevante Träger werden regelmäßig einbezogen und je nach Thema auch andere Arbeitsgruppen der Verwaltung. Für jede Aktion wird eine verantwortliche Fachkraft für das Projektmanagement benannt. https://www.kinderfreundliche-kommunen.de/fileadmin/kfkfiles/DOKUMENTE/4_Kommunen/Neuwied/Kinderfreundliche_Kommune_Neuwied_Broschuere.pdf

Stuttgart berichtete, dass es fast in jedem Amt eine_n Kinderbeauftragte_n gibt. Der Stellenanteil für diese Aufgabe umfasst jeweils 10 %. Zwei- bis dreimal im Jahr treffen sich alle Kinderbeauftragten, wodurch sich ein guter Überblick über die Ämter / Fachbereiche und deren Arbeitsbereiche und -aufgaben ergibt. Die Kinderbeauftragten sind ein gutes Multiplikatoren Team. Außerdem bietet die Stadt in ihrem Fortbildungskatalog jährliche Fortbildungen zu Kinderpartizipation und Kinderrechten im Verwaltungshandeln an. Zum Weiterlesen: <https://www.stuttgart.de/buergerinnen-und-buerger/kinder-und-jugendliche/kinderfreundliches-stuttgart/kinderbuero-und-kinderbeauftragte.php>

Ein weiteres Thema drehte sich um den Straßenraum als Spielraum für Kinder, ob es z.B. neben temporären Spielstraßen noch weitere (rechtliche) Möglichkeiten gibt, ob und wie die Straßenverkehrsordnung in diesem Zusammenhang verändert werden kann.

Weitere Materialhinweise

Mobilitätsmanagement für Schulen und Kitas

- Besser zur Schule Hessen: https://www.besserzurschule.de/wp-content/uploads/2019/06/Besser-zur-Schule_Infobroschuere-2018_A4_Anicht.pdf
- Studie Berlin- Evaluation Schulstraße: <https://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoenberg/aktuelles/pressemitteilungen/2023/pressemitteilung.1343428.php>
- Köln:
 - Schulstraßen: <https://meinungfuer.koeln/schulstrassen>



- Hinweise Verkehrssicherheit Schulweg: <https://www.stadt-koeln.de/artikel/04304/index.html>
- Bonn:
 - Sicherer Schulweg Bonn: <https://www.bonn.de/themen-entdecken/bildung-lernen/sicherer-schulweg.php>
 - Pilotprojekt: Temporäre Schulstraßen: <https://www.bonn.de/pressemitteilungen/september-2023/pilotprojekt-einrichtung-temporaerer-schulstrassen.php>
- Fuss e.V.: Schulwegeplanung in den Bundesländern: <https://www.schulwegpläne.de/schulwegplanung.html>

Inklusive Spielplätze

- Nürnberger Leitlinien: https://www.nuernberg.de/internet/jugendamt/leitlinien_spielplaechen.html

Öffnung von Schulhöfen und Sportanlagen

- [Öffnung der Münchner Schulhöfe – Landeshauptstadt München \(muenchen.de\)](https://www.muenchen.de/oeffnung-der-muenchner-schulhoeefe-landeshauptstadt-muenchen)
- [Öffnung von Schulhöfen - Stadt Köln \(stadt-koeln.de\)](https://www.stadt-koeln.de/oeffnung-von-schulhoeefen)
- [Städtebauförderung - Beispiele vor Ort - Öffnung des Schulhofes zum Quartier in Gaarden auf dem Kieler Ostufer \(staedtebaufoerderung.info\)](https://www.staedtebaufoerderung.info/staedtebaufoerderung-der-gaarden)

Sonstiges

- Infoportal Kinderrechte in Kommunen: <https://kommunen.kinderrechte.de/>

Anlagen

- Präsentation für das 21. Dialogforum: Mobilitätsmanagement für Schulen und Kitas
- Präsentation für das 21. Dialogforum: miteinander spielen – inklusive Spielraumgestaltung in Nürnberg
- Präsentation für das 21. Dialogforum: Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Stadtentwicklungsprozessen in Flensburg
- Präsentation für das 21. Dialogforum: Aktuelles aus dem Verein
- *Nürnberger Leitlinien zu Qualität und Inklusion auf Spielplätzen, Spielhöfen und Aktionsflächen* IN: Playground@Landscape – Internationales Fachmagazin für Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen, 06/2022
- *Miteinander Spielen – Die Nürnberger Leitlinien für Qualität und Inklusion auf Spielplätzen, Spielhöfen und Aktionsflächen* IN: deutsche Jugend – Zeitschrift für die Jugendarbeit, 09/2023